

N i e d e r s c h r i f t

HFA/031/2007

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 18.09.2007**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD
Herr Horst Dewenter	CDU
Herr Norbert Dörnhoff	CDU
Frau Marianne Helmes	CDU
Herr Frank Hemelt	SPD
Herr Alfred Holtel	FDP
Frau Monika Lulay	CDU
Herr Udo Mollen	SPD
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU
Herr Josef Niehues	CDU
Herr Rainer Ortel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Jürgen Roscher	SPD
Herr Günter Thum	SPD
Herr Anton van Wanrooy	CDU
Herr Josef Wilp	CDU

Vertreter:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	(für Herrn Bögge)
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	(für Herrn Mau)
Frau Annette Tombült	CDU	(für Herrn Kaisal)

Gast:

Frau Esters-Gardeweg

(Leiterin der Verbraucherzentrale - zu TOP 5)

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann

Herr Werner Lütkeemeier

Herr Heinz Hermeling

Herr Bernd Weber

Herr Werner Schröer

(ztw.)

Herr Reinhold Künstler

(ztw.)

Herr Jürgen Wullkotte

(ztw.)

Herr Ewald Piepel

(ztw.)

Herr Otto Reeker

(ztw.)

Herr Theo Elfert

(Stellv. Schriftführer)

**Unentschuldig fehlte:
beratendes Mitglied:**

Herr Ulrich Beckmann

Sozial Liberal

Bürgermeisterin Dr. Angelika Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:**1. Niederschrift Nr. 30 über die öffentliche Sitzung am 07. August 2007**

I/A/0160

Herr Hemelt bezieht sich auf TOP 6 der o. g. Niederschrift und erklärt, da nach sei zweimal über den gleichen Antrag der SPD-Fraktion abgestimmt worden. Zunächst habe Frau Dr. Kordfelder den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Abstimmung gestellt und anschließend den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Zurückstellung dieses Antrages.

Frau Dr. Kordfelder stellt fest, dass die Niederschrift aus ihrer Sicht mit Ausnahme der Tatsache, dass es sich bei dem Antrag der SPD-Fraktion nicht um einen „Änderungsantrag“, sondern um einen „Antrag“ gehandelt habe, korrekt sei. Das sehen auch die übrigen Vertreter der Fraktionen so.

Herr Hemelt verweist in diesem Zusammenhang auf die neue Situation in dieser Angelegenheit im Landtag. Seit der letzten Woche gebe es seitens der Landtagsfraktionen Äußerungen, wonach dezidierte Änderungswünsche zu dem Kinderbildungsgesetz bzw. die Rücknahme gefordert würden.

Daher stelle sich für ihn die Frage, ob es evtl. den gemeinsamen Wunsch der Ratsfraktionen gebe, diesen Komplex für die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 18. Oktober 2007 aufzuarbeiten, um die bestehenden Bedenken gegen dieses Gesetz in Richtung Düsseldorf zu verabschieden.

Auf Frage von Frau Dr. Kordfelder wird ein solcher Bedarf seitens der anderen Fraktionen nicht gesehen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 07. August 2007 gefassten Beschlüsse

I/A/0750

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen

I/A/0780

3.1 Einrichtung einer privaten Hochschule im Gesundheitswesen

Frau Dr. Kordfelder erinnert daran, dass die CDU-Fraktion in der Ratssitzung am 4. September 2007 einen Antrag auf Einrichtung einer privaten Hochschule im Gesundheitswesen eingereicht habe. Sie habe daraufhin erklärt, dass die Verwaltung schon seit Wochen an dem Thema Universität/Fachhochschule arbeite.

Mit Mail vom 7. September 2007 habe Herr Niehues um weiter gehende Erklärungen gebeten. Er habe die Frage gestellt, warum die Verwaltung gegenüber der Münsterschen Zeitung einen Vorgang kommentiert habe, obwohl der Antrag der Verwaltung noch nicht vorgelegen habe.

Frau Dr. Kordfelder merkt hierzu an, dass am Vormittag des 4. September 2007 die Münstersche Zeitung bei der Verwaltung angerufen und um eine Stellungnahme zum CDU-Antrag gebeten habe. Hieraufhin sei erklärt worden, dass die Verwaltung an dem Thema Fachhochschule schon arbeite, denn durch den Politikworkshop im Juni d. J. habe man davon ausgehen können, dass das Thema „Universität/Fachhochschule“ das Leitbildthema Nr. 1 sein würde. Insofern sei die Verwaltung hierzu schon aktiv geworden.

Ferner habe Herr Niehues in seiner Mail in Zweifel gezogen, dass der Verwaltung das konkrete Projekt bekannt gewesen sei.

Dazu führt Frau Dr. Kordfelder aus, dass es seitens der Verwaltung, nachdem gegenüber den Ministerien das grundsätzliche Interesse der Stadt signalisiert worden sei, unmittelbare Gespräche mit den unterschiedlichsten Beteiligten gegeben habe. So sei z. B. Kontakt aufgenommen worden mit dem Landrat, mit verschiedenen potenziellen Fördergebern, mit dem Wirtschaftsministerium sowie mit Herrn Minister Laumann vom Gesundheitsministerium.

Verwaltungsintern habe man sich auf drei „Stränge“ festgelegt, 1. für die öffentliche Fachhochschule/Universität, 2. für die private Fachhochschule und 3. für die Dependance an bestehenden Fachhochschulstandorten in Kooperation mit Universitäten in anderen Bundesländern bzw. mit der Hochschule in Enschede. Um die Stadt Rheine hierbei nicht einzuschränken, seien die Ministerien über das Gesamtinteresse an einer Fachhochschule bzw. Universitätsgründung schriftlich informiert worden. Dieses Schreiben vom 2. Juli 2007 an beide Ministerien sei in Kopie auch den Fraktionsvorsitzenden zugegangen.

Es werde weiter gehende Gespräche geben, wie z. B. das morgige Gespräch im Sozialministerium. Leider könne Herr Landrat Kubendorff aus terminlichen Gründen hieran nicht teilnehmen.

Mit Schreiben vom 11. September 2007 habe das Wissenschaftsministerium der Stadt Rheine mitgeteilt, dass es durch die Veröffentlichungen in den Medien das städtische Interesse an der Gründung einer Fachhochschule bzw. Universität wahrgenommen habe. Aus dem Schreiben gehe hervor, dass, auch wenn Kommunen aus rechtlichen Gründen nicht Träger oder Betreiber einer Fachhochschule sein könnten, das Ministerium die Stadt bei den weiter gehenden Gesprächen unterstützen werde. Dem Schreiben sei ein Leitfaden über die Gründung einer privaten Fachhochschule bzw. Universität nach § 72 Fachhochschulgesetz beigelegt gewesen, den die Verwaltung zurzeit durcharbeite.

Herr Niehues bedankt sich für die Informationen. Er fühle sich aber in seiner Kritik bestätigt, dass die Verwaltung einen Antrag der CDU-Fraktion zu einem Zeitpunkt kommentiert habe, wo der Antrag der Verwaltung noch nicht bekannt gewesen sei.

Die heutigen umfangreichen Ausführungen von Frau Dr. Kordfelder zur Fachhochschule seien nie strittig und auch nie Gegenstand seiner Äußerungen gewesen. Zwischen der Entscheidung des Kuratoriums und der Veröffentlichung des Antrages durch die CDU-Fraktion habe es keinen Kontakt der Bürgermeisterin zum Mathias-Spital gegeben. Insofern sei die CDU-Fraktion auch nur autorisiert gewesen, das Thema an die Öffentlichkeit zu bringen. Es sei müßig, über das Thema zu streiten; nur die Art und Weise, wie die Bürgermeisterin auf den Antrag der CDU-Fraktion in der Ratssitzung reagiert habe, lasse darauf schließen, dass durch diesen Antrag Empfindlichkeiten hervorgerufen worden seien, die in ein solches Gremium nicht gehörten. Es sei nicht Aufgabe der Bürgermeisterin, Anträge der Fraktionen zu kommentieren, die von diesen noch in den Rat eingebracht werden sollten.

Frau Dr. Kordfelder merkt dazu an, dass sie in der Ratssitzung in aller Sachlichkeit einen Sachstandsbericht über die bisherigen Aktivitäten der Verwaltung zur Gründung einer Fachhochschule bzw. Universität in Rheine abgegeben habe. Sie werde den Rat bzw. den Haupt- und Finanzausschuss auch weiterhin zu diesem Thema auf dem Laufenden halten.

I/A/1530

3.2 Benennung von 10 Delegierten für den Gemeindegkongress 2007 des Städte- und Gemeindebundes NRW

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die Einladung zum Gemeindegkongress 2007 des Städte- und Gemeindebundes, zu dem die Stadt Rheine 10 Delegierte entsenden könne. Seitens der CDU-Fraktion werden RM Brinkmann, RM Dewenter, RM Bögge und RM Winnemöller benannt.

Die SPD-Fraktion will ihre drei Delegierten noch nachbenennen.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird Herr Reiske und für die FDP-Fraktion Herr Holtel am Gemeindegkongress 2007 teilnehmen.

Der 10. Sitz steht der Verwaltung zu, die ihre/n Delegierte/n noch benennen oder den Sitz ggfls. der Fraktion SL bei Interesse zur Verfügung stellen werde.

I/A/1625

3.3 Runder Tisch „Bündnis für Sicherheit“

Frau Dr. Kordfelder informiert darüber, dass der Runde Tisch „Bündnis für Sicherheit“ am 27. September 2007 erstmalig einberufen werde. Gleichzeitig würden sich auch die Arbeitskreisleitungen aller anderen an „SIR“ beteiligten Arbeitsgruppen treffen.

Ferner seien auch die Aufkleber „Aktiv Demokratisch – Rheine gegen Rechts“ eingetroffen, mit denen bis zur Umstellung der Frankiermaschine die städtischen Briefe beklebt würden.

Herr Niehues hält den Termin am 27. September für sehr unglücklich, weil bedingt durch die Ferien einige Personen an einer Teilnahme verhindert seien.

Frau Dr. Kordfelder bittet für diesen Fall, die Informationen durch andere Teilnehmer sicherzustellen.

I/A/1745

3.4 Presseerklärung zu dem Vorfall nach dem Konzert eines kurdischen Künstlers in der Stadthalle

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass zwischen dem Pächter der Stadthalle und der Bürgermeisterin eine Presseerklärung zu dem Vorfall nach dem Konzert eines kurdischen Künstlers abgestimmt worden sei, die sie anschließend verliest. Der Pächter der Stadthalle und auch die Bürgermeisterin würden sich von dem Vorfall distanzieren, zumal es sich um eine Straftat gehandelt habe.

I/A/1850

3.5 Bericht über das kulturelle Stadtmarketing 2006

Frau Lulay erläutert, in der Sitzung des Kulturausschusses am 11. September 2007 sei der Antrag gestellt worden, 30.000,00 € für den Bericht über das kultu-

relle Stadtmarketing 2006 bereitzustellen. In der Sitzung sei erklärt worden, dass der HFA über die Bereitstellung der Mittel beschließen müsse.

Frau Dr. Kordfelder merkt hierzu an, dass Herr Weber die entsprechende Vorlage für die HFA-Sitzung am 16. Oktober erstellen werde.

**4. Jahresbericht der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Beratungsstelle Rheine, über das Jahr 2006
Vorlage: 333/07**

I/A/1895

Die Leiterin der Verbraucherzentrale in Rheine, Frau Esters-Gardeweg, erläutert den Jahresbericht mit dem als Anlage 1 dieser Niederschrift beigefügten Folienvortrag.

Auf Frage von Frau Tombült antwortet Frau Esters-Gardeweg, dass ein Großteil der Tätigkeit auf die präventive Beratung entfalle. Sie würde sich wünschen, dass dieses Angebot von den Schulen noch intensiver in Anspruch genommen werde.

Die Fraktionen sowie Frau Dr. Kordfelder, bedanken sich bei Frau Esters-Gardeweg für die kompetente Beratung der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Rheine und der Region.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2006 der Verbraucherberatung Nordrhein-Westfalen, Beratungsstelle Rheine, zur Kenntnis.

**5. Klimaschutz-Konzept
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU sowie FDP
Vorlage: 412/07/1**

I/B/0455

Herr Niehues führt aus, bisher habe man in Rheine gute Projekte für den Klimaschutz umgesetzt, wie z. B. die Windkrafträder am Waldhügel, die Biogasanlage mit der Landwirtschaft, Energieeffizienz bei städtischen Gebäuden, das Radwegenetz und das Buskonzept. Die Fraktionen von CDU, GRÜNE und FDP wollten nunmehr viele kleine Maßnahmen zu einem großen Klimaschutzkonzept miteinander vernetzen. Der gemeinsame Antrag solle ein Signal an die Politik und an die Menschen in Rheine sein, denn es werde höchste Zeit, dass man in Sachen Klimaschutz global denke und lokal handele, um gemeinsam Verantwortung für den Klimaschutz zu tragen.

Drei Fraktionen hätten sich für dieses Projekt zusammengefunden und zunächst einen Entwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gemeinsam weiterentwickelt, um ihn heute im Haupt- und Finanzausschuss einzubringen. Das Konzept sei aber damit noch nicht abgeschlossen. Daher lade er auch die übrigen Fraktionen von SPD und Sozial Liberal ebenso wie die Verwaltung ein, gemeinsam mit den antragstellenden Fraktionen den Antrag weiterzuentwickeln.

Sicherlich gebe es schon neuere Erkenntnisse. So habe er, Niehues, im Klimaschutzkonzept der Stadt Hamburg gelesen, dass dort erhebliches Energieeinsparpotenzial bei Straßenlampen und Ampeln gesehen werde, was zu Kostenreduzierungen zwischen 80 und 90 % geführt habe. Vielleicht gebe es in Rheine ja auch noch Verbesserungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet.

Eine Beratungsfirma aus der Nachbarschaft habe die Stadt Rheine eingeladen, ein NRW-weites nachhaltiges Qualitätsmanagement im Klimaschutz anzugehen. Es sei jetzt Aufgabe der Verwaltung, den bisherigen Schriftverkehr in dieser Angelegenheit fortzuführen.

Inzwischen habe er auch festgestellt, dass es in NRW ein Netzwerk von kommunalen Klimaschutzaktionen gebe, bei denen die Stadt Rheine sich weitere Informationen und auch Rat einholen könne. In Rheine stehe man am Anfang eines Projektes, das heute zustimmend zur Kenntnis genommen werden solle. Allerdings sollte die Kenntnisnahme mit der Forderung verbunden werden, dass dieses Konzept in der nächsten Ratssitzung am 6. November 2007 beraten und beschlossen werde. Denn die antragstellenden Fraktionen wollten sehr schnell die Phase der Umsetzung erreichen. Neben dem Rat der Stadt Rheine sollten sich auch der Aufsichtsrat der EWG und schon in dieser Woche der Aufsichtsrat der Stadtwerke-Holding mit dem Konzept befassen. Die Beschlüsse der Holding bedürften aber der Rückkopplung mit der Stadt, wie z. B. zum Ökostrom oder zu Solardächern auf den Schulen.

Auch zum energetischen Investitionsprogramm der Stadt Rheine seien vorbereitende Schritte notwendig. Dazu werde aber noch ein gesonderter Einzelantrag nachgereicht.

Ferner weist Herr Niehues darauf hin, dass in der Ratssitzung am 6. November 2007 auch eine Priorisierung der Projekte im Rahmen des Entwicklungs- und Handlungskonzeptes beraten und beschlossen werden solle. Die CDU-Fraktion empfehle, hierzu schon vorab mit Herrn Hamerla Kontakt aufzunehmen, damit in der Ratssitzung für das Projekt 28 „Klimaschutz“ begleitende Maßnahmen mit aufgenommen werden könnten.

Er wolle es der Verwaltung überlassen, ob eine Vorberatung dieser Angelegenheit in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 16. Oktober 2007 zweckmäßig sei.

Abschließend bedankt Herr Niehues sich bei den Mitgliedern der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP für die sehr konstruktive und zielorientierte Zusammenarbeit. Er lädt die übrigen Fraktionen und die Verwaltung ein, an dem Klimakonzept mitzuarbeiten und bittet darum, den Beschlussvorschlag dahin gehend zu ergänzen, dass die Beschlussfassung in der Ratssitzung am 6. November 2007 sichergestellt werde.

Herr Reiske stellt fest, dass die Stadt Rheine mit diesem Konzept einen großen Schritt Richtung Zukunftsfähigkeit machen werde. Klimaschutz müsse nicht nur Geld kosten, man könne dadurch auch Geld sparen, denn die fossilen Energieträger würden immer teurer.

Er habe dieses Konzept dem energiepolitischen Sprecher der Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Bundestagsfraktion zugesandt. Von beiden habe er die Rückmeldung erhalten, dass, wenn die Stadt Rheine dieses Konzept

umsetze, sie eine Vorreiterfunktion im Bereich Klimaschutz einnehmen werde. Das Konzept habe die Qualität eines Leuchtturmprojekts, sodass die Stadt Rheine sich damit sehr gut nach außen darstellen und nach innen sinnvolle Schritte unternehmen könne.

Auch Herr Reiske lädt die übrigen Fraktionen und die Verwaltung ein, konstruktiv an diesem Konzept mitzuarbeiten.

Herr Holtel berichtet über die interfraktionelle Erarbeitung des vorliegenden Klimaschutzkonzeptes. Er halte es für wichtig, dass in der Ratssitzung am 6. November 2007 die erforderlichen Beschlüsse gefasst würden, damit zur Umsetzung konkreter Maßnahmen auch die dafür benötigten Haushaltsmittel für das Jahr 2008 bereitgestellt werden könnten.

Vorab sollte die Verwaltung aber schon prüfen, welche Ampeln, die 24 Stunden täglich in Betrieb seien, mit der neuen Technik ausgestattet werden könnten, um hierdurch Energie einzusparen.

Herr Roscher signalisiert für die SPD-Fraktion die grundsätzliche Zustimmung zum Klimaschutzkonzept, was aber nicht bedeute, dass seine Fraktion zu dem ein oder anderen Detail keine Verbesserungs- oder Konkretisierungsvorschläge machen werde. Das Konzept müsse für die Zukunft flexibel und nicht starr umgesetzt werden, damit auch sicherheitsrelevante Maßnahmen und finanzielle Aspekte dabei berücksichtigt werden könnten. Er hoffe, dass der Rat dabei die gemeinsame Zielsetzung und das Allgemeinwohl im Auge behalten werde. Ob für die Umsetzung ein zusätzliches Leitprojekt erforderlich sei, müsse geprüft werden. Er könne sich vorstellen, dass das Klimaschutzkonzept auch unter dem bestehenden Leitprojekt „Umwelt“ umgesetzt werden könne. Es handele sich um eine Querschnittsaufgabe, die sich in vielen anderen Projekten wiederfinden werde.

Herr Thum merkt kritisch an, dass es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn man versucht hätte, alle Fraktionen an einen Tisch zu bekommen, um eine gemeinsame Plattform für den Klimaschutz zu finden. Er bittet jedoch darum, auch das TaT in seiner Ausrichtung bei dieser Thematik einzubinden.

Herr Ortel bittet die Verwaltung, bis zur Ratssitzung am 6. November d. J. detaillierte und konstruktive Beiträge zur Umsetzung des Konzeptes aus den verschiedenen Fachbereichen zu erarbeiten und zusammenzuführen.

Herr Hemelt bittet darum, bis zur Ratssitzung am 6. November zu prüfen, ob die Stadt Rheine mit dem Klimaschutzkonzept vom Innovationswettbewerb „Energie“, der mit insgesamt 16 Mio. € EU-Mittel ausgestattet sei, partizipieren könne. Parallel dazu sollte auch das Eckpunktepapier der Bundesregierung zum Klimaschutz geprüft werden, ob sich hieraus evtl. Beteiligungen für die Stadt Rheine ergeben könnten. Sinnvoll wäre es, wenn auch die Bevölkerung bei der Umsetzung des Konzeptes mit eingebunden werden könne. Als Beispiel verweist er auf den Klimaschutzpreis.

Herr Hemelt schlägt vor, diese Fragen ggf. in einem interfraktionellen Arbeitskreis vorzubereiten.

Frau Dr. Kordfelder bedankt sich bei den Antragstellern für die begründenden Diskussionsbeiträge und für das Angebot, dem Bündnis beizutreten. Ihres Erachtens sollten die Türen noch etwas weiter geöffnet werden, damit auch andere

diesem Bündnis beitreten könnten. Die Verwaltung teile die Einschätzung der Antragsteller, und sie werde alles dafür tun, um in dieser Angelegenheit Vorbildfunktion zu erreichen. Verwaltung und Stadtwerke würden schon seit einem Jahr an diesem Thema unter der Überschrift „Energiebündnis“ arbeiten. Die Verwaltung werde daher im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten alles versuchen, um das Thema bis zur Ratssitzung am 6. November aufzubereiten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt das im Rahmen eines Initiativantrages von den Fraktionen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP eingereichte Klimaschutz-Konzept für die Stadt Rheine zustimmend zur Kenntnis und verweist es an die Verwaltung, um es innerhalb des „Konzerns Stadt“ im Sinne der Antragstellenden Fraktionen für eine Beschlussfassung im Rat der Stadt Rheine am 6. November 2007 aufzuarbeiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Städtischer Zuschuss zum Fonds "Kein Kind ohne Mahlzeit" Vorlage: 394/07

I/B/3305

Frau Nagelschmidt weist darauf hin, dass der Schulausschuss über die Problematik nur informiert worden sei. Dennoch sollte der Haupt- und Finanzausschuss auch ohne Empfehlung des Schulausschusses den Beschluss fassen, damit die Antragsfrist für den Landeszuschuss eingehalten werden könne.

Auch Herr Dörnhoff spricht sich für den Einstieg in das NRW-Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ aus. Er weist darauf hin, dass der Bedarf nicht nur in Schulen, sondern auch in Kindertagesstätten gegeben sei. Daher bittet er die Verwaltung, bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses das Thema aufzuarbeiten.

Herr Hemelt stellt fest, dass man es mit einem großen gesellschaftlichen Problem zu tun habe. Daher habe die SPD-Fraktion in der gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit dem Schulausschuss den Antrag gestellt, Zuwendungen aus dem Landesprogramm bis zum 30. September 2007 zu beantragen. Auch er habe festgestellt, dass es diese Kinderarmut nicht nur in Schulen, sondern auch in Kindertagesstätten gebe. Er unterstützt den Vorschlag von Herrn Dörnhoff, das Thema bis zur Jugendhilfeausschusssitzung am 18. Oktober 2007 aufzuarbeiten.

Darüber hinaus sollte nach geeigneten Sponsoren für ein solches Projekt gesucht werden, wie z. B. die Stiftung der Stadtparkasse Rheine.

Herr Holtel hält es für erforderlich, dass politisch für eine Änderung in der SGB-II-Gesetzgebung gesorgt werde, damit gerade Kinder finanziell bessergestellt würden. Um sicherzustellen, dass der Anteil der Kinder nicht im Familieneinkommen untergehe, sollte direkt mit den Institutionen abgerechnet werden, die die Kinder auch tatsächlich versorgen würden.

Für Herrn Reiske ist dieser Zustand der Gesellschaft ein sozialpolitischer Skandal. Er hoffe, dass künftig ein solcher Beschluss nach Änderung der Gesetzgebung zum SGB II nicht mehr erforderlich sein werde, indem Familien finanziell so ausgestattet würden, dass sie auch existieren könnten.

Herr Dörnhoff meint, dass es sich hierbei nicht nur um ein Armutproblem, sondern auch um einen Mangel an Fähigkeit zur Haushaltsführung handele.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Stadt Rheine nimmt an dem NRW-Programm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teil.

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die Bereitstellung des städtischen Eigenanteils (2007 = 9.375 €; 2008 ff. je 37.500 €).

Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig zum Stichtag 30.09.07 Mittel aus dem Landesfonds zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**7. Alte Josefschule Mesum
Vorlage: 312/07**

II/A/0670

Herr Niehues erklärt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Beschlussvorschlag, um das Gebäude der Alten Josefschule für den Stadtteil Mesum zu erhalten.

Herr Wilp bittet die Verwaltung, für den Fall offenzubleiben, falls sich bis zum Verkauf der Alten Josefschule noch eine öffentliche Nutzung abzeichnen sollte.

Herr Roscher ergänzt, dass die Zielrichtung nicht nur der Erhalt der Alten Josefschule sein müsse, sondern auch der übrigen bedeutsamen Gebäude in diesem Areal, wie z. B. das alte Verwaltungsgebäude, die alte Johannesschule und die alte Dorfschänke.

Beschluss:

Der Haupt und Finanzausschuss beschließt:

1. Die Verwaltung wird mit dem Verkauf der Alten Josefschule entsprechend Ziffer 2.2 der Begründung beauftragt.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss ist über das Gesprächsergebnis der Verwaltung mit der Kirchengemeinde (Kleiderkammer) und dem Schützen- bzw. Karnevalsverein (Zeltstandort) zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Steuerkraftstatistik 2006
Vorlage: 407/07

II/A/0955

Herr Thum bittet die Verwaltung, bei der nächsten Statistik auch Steuerhebesätze einiger größerer kreisangehöriger Kommunen aus Niedersachsen einzubeziehen, um Vergleiche zu konkurrierenden niedersächsischen Nachbargemeinden anstellen zu können.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Steuerkraft- und Hebesatzstatistik 2006 zur Kenntnis.

9. Berichtswesen 2007, Stichtag 31.08.07, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 410/07

II/A/1320

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht für den Fachbereich 3 - „Recht und Ordnung“, Stichtag 31. August 2007, zur Kenntnis und befürwortet die vorgeschlagenen Veränderungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Berichtswesen 2007, Stichtag 31.08.07, Fachbereich 4 - Finanzen
Vorlage: 409/07

II/A/1370

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht mit dem Stand der Daten vom 31.08.07 für den Fachbereich 4 – Finanzen zur Kenntnis.

11. Berichtswesen 2007, Stichtag 31.08.07, Fachbereich 8 - Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 411/07

II/A/1445

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht für das III. Quartal

2007 (Stichtag 31. August 2007) für den Fachbereich 8 – Wohn- und Grundstücksmanagement zur Kenntnis.

**12. Berichtswesen 2007, Stichtag 31.08.2007, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 404/07**

II/A/1455

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht für das III. Quartal 2007 (Stichtag 31. August 2007) für den Fachbereich 7 - Interner Service zur Kenntnis.

**13. Berichtswesen 2007, Stichtag 31.08.2007, Sonderbereich 0
Vorlage: 405/07**

II/A/1475

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht für das III. Quartal 2007 für den Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung zur Kenntnis.

14. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

II/A/1485

Frau Dr. Kordfelder weist darauf hin, dass keine Eingaben, wohl aber die beiden folgenden Anträge des Stadtteilbeirates Schotthock vorlägen, die sie anschließend verliest.

Anträge des Stadtteilbeirates Schotthock vom 6. September 2007

1. Der Stadtteilbeirat Schotthock beantragt, den Walshagenpark, den Bürgerhof Schotthock, das Heimathaus Hovesaat sowie das Megalithgrab am TaT mit einer vergleichbaren Hinweisbeschilderung auszustatten wie im Salinenpark und am Kloster Bentlage.
Der Stadtteilbeirat sieht die genannten Bereiche ebenfalls als Naherholungsziele für Bürger und Gäste der Stadt Rheine an und hält eine Ergänzung und Angleichung der Hinweisbeschilderung für notwendig.

Sachstand und Verfahrensvorschlag:

Verwaltungsseitig wird derzeit ein Konzept für die Ausschilderung der genannten Bereiche erarbeitet.

Es wird vorgeschlagen, das Konzept nach Fertigstellung dem zuständigen Ausschuss zur Beratung und Entscheidung vorzulegen.

2. Der Stadtteilbeirat Schotthock beantragt, auf dem Lingener Damm im Bereich der Seniorenwohnanlage und des Walshagenparks eine Überschreithilfe für Fußgänger und Radfahrer anzulegen.

Der Stadtteilbeirat verweist dazu auf eine Information aus der Sitzung des Bau- und Betriebsausschusses aus dem Jahr 2006 und bittet darum, die angekündigte Maßnahme nunmehr zur Umsetzung zu bringen.

Sachstand und Verfahrensvorschlag:

Die Planungen für die Anlage einer Überschreithilfe sind verwaltungsseitig bereits abgeschlossen. Die notwendigen finanziellen Mittel sind für den Haushalt 2008 vorgesehen, sodass die Maßnahme im Jahr 2008 umgesetzt werden soll (vgl. Informationen des BauBA in seiner Sitzung am 13.09.2007).

Es wird vorgeschlagen, den Antrag an die Verwaltung zu verweisen mit der Bitte, den Stadtteilbeirat über den aktuellen Sachstand zu informieren.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen den Verfahrensvorschlägen nicht.

15. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

II/A/1970

Es folgen keine Wortmeldungen.

16. Anfragen und Anregungen

II/A/1625

16.1 Resolution zur Verhinderung getrennter Wahltermine für Kommunal- und Bundestagswahlen in NRW

Herr Roscher erläutert kurz den als Anlage 2 dieser Niederschrift beigefügten Antrag der SPD-Fraktion und bittet darum, diesen auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

II/A/1665

16.2 Beantragung von Mitteln aus dem Landesprogramm KOMM-IN NRW

Herr Roscher verweist auf den als Anlage 3 dieser Niederschrift beigefügten Antrag der SPD-Fraktion und bittet die Verwaltung, auf der Basis der 12 Handlungsempfehlungen des Migrations- und Integrationskonzeptes der Stadt Rheine Mittel aus dem Landesprogramm KOMM-IN NRW nach einer sach- und zeitge-

rechten Beratung zu beantragen, wobei Pkt. 10 der Handlungsempfehlungen einen besonderen Stellenwert erhalten sollte.
Ferner bittet er darum, mit Unterstützung der Landesmittel KOMM-IN NRW im Jahre 2008 eine umfassende Integrationskonferenz durchzuführen.

II/B/1700

16.3 Wahl der Grundschule bei Fortfall der Schulbezirke

Herr Thum erklärt, dass vor der gestrigen Fraktionssitzung besorgte Eltern bei der SPD vorstellig geworden seien und Fragen zur Wahl der Grundschule ab dem Schuljahr 2008/2009 gestellt hätten.

Er bittet die Verwaltung aufzuzeigen, inwieweit eine Gleichbehandlung von Eltern, bezogen auf die Wahl der Grundschule für ihre Kinder ab dem Schuljahr 2008/2009 bei Fortfall der Schulbezirke, garantiert werden könne. Auf der Grundlage des neuen Schulgesetzes in NRW und der erlassenen Verwaltungsvorschriften wäre es wichtig zu wissen, wie die Verwaltung mit künftigen Anmeldungen umgehen werde.

Auch möchte er wissen, ob die in der Verordnung über den Bildungsgang in der Grundschule genannten Kriterien, wenn es sich beispielsweise um Bekenntnisschulen handele, entfallen würden. Ferner stelle sich die Frage, ob es künftig Grundschulen unterschiedlicher Qualität geben könne, wie z. B. Bekenntnisschulen auf der einen Seite und Gemeinschaftsgrundschulen auf der anderen Seite. Hintergrund dieser Frage sei, dass die Bekenntnisschulen sicherlich ihr Schülerpotenzial hätten, die übrigen Kinder aber zu den Gemeinschaftsgrundschulen müssten, was gerade im Hinblick auf die Migranten ein Problem werden könnte.

Herr Thum bittet darum, den Fraktionen Hintergrundinformationen zu diesem Thema zukommen zu lassen.

II/A/1975

16.4 Bezeichnung von Straßennamen im neuen Bebauungsplangebiet Gellendorf

Herr Dewenter erklärt, er habe gestern durch Zufall den neuen Bebauungsplan für Gellendorf gesehen. Dabei habe er festgestellt, dass die Planstraßen schon mit Namen belegt worden seien, wie z. B. Zweigstraße oder Staufenbergstraße. Wenn sich diese Bezeichnung auf den Grafen Schenk von Stauffenberg beziehe, fehle im Straßennamen das zweite f. Wenn die Zweigstraße den Widerstandskämpfern Arnold oder Stefan gewidmet werden solle, dann gebe es auch hier ein Zuordnungsproblem.

Von daher schlägt Herr Dewenter vor, die Straßenbezeichnungen mit den dazugehörigen Vornamen zu versehen, damit deutlich werde, wem die Straße gewidmet sei.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 19:00 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Theo Elfert
Schriftführer